

Diepholz
Ausgabe 296
18.12.2010
Seite 22
© 2009 Kreiszeitung Verlagsgesellschaft

Kein Interesse an der Zukunft

Thema Einheitsgemeinde lockte nur drei Drebbener / Gemeinderat glänzte durch Abwesenheit

DREBBER (up) • Die Bürger der Gemeinde Drebbler scheinen sich nicht für die Zukunft ihrer Gemeinde zu interessieren. Die Einladung des Bürgerforums Samtgemeinde Barnstorf, sich über Vor- und Nachteile einer Einheitsgemeinde zu informieren und zu diskutieren, nahmen jedenfalls nur drei Bürger an.

Die Diskussion in der Pausenhalle der Grundschule Drebbler verlief angesichts der geringen Teilnehmerzahl nur schleppend, obwohl es sich um ein Thema handelte, das jeden Bürger der Gemeinde in den nächsten Jahren betreffen wird, wie Regina Kistermann als Diskussionsleiterin hervorhob. Die Diplom-Ingenieurin verdeutlichte, es gehe dabei um die Zukunftsfähigkeit der Samtgemeinde Barnstorf, aber auch um die der Gemeinde Drebbler, aber auch darum, die Bürgernähe und eigene Identität zu wahren und um das Engagement der Bürger für ihre Gemeinde, für ihre Vereine und ihre Mitmenschen.

Kistermann ist eine Verfechterin der Einheitsgemeinde, und so ist für sie klar: „Nur die Einheitsgemeinde sichert auf längere Sicht durch nachhaltige Stärkung die Kraft der Verwaltung, bringt andererseits aber keine wesentlichen Nachteile für die Bürger.“ Ganz klar stellte die Moderatorin heraus, dass die Samtgemeinde sich insbesondere angesichts des demographischen Wandels überlebt habe und daher die größte



Nur drei Drebbener und einige Vertreter des Bürgerforums nahmen an der Diskussion über Vor- und Nachteile einer Einheitsgemeinde teil.
Foto: Peter

kommunalpolitische Herausforderung darstelle.

An den jetzigen Aufgabenbereichen für die Mitgliedsgemeinde Drebbler (Bauleitplanung, Dorferneuerung, Straßenbau- und Unterhaltung, Vereinsförderung, Flurbereinigung und Pflege der Grünflächen) verdeutlichte sie die wenigen Zuständigkeiten. Im Falle einer Einheitsgemeinde würden die Ratsmitglieder aus den Mitgliedsgemeinden eben diese Aufgaben mit übernehmen. Positiver Beispiele aus der Stadt Diepholz, der Einheitsgemeinde Wagenfeld oder der Gemeinde Stemwede be-

legten, dass es dabei zu keinen nennenswerten Reibereien komme, keine Gemeinde „hinten runterfalle“ und auch das ehrenamtliche Engagement der Bürger keineswegs leide. Zudem seien dann immer noch die Ortsvorsteher) und alle Ratsmitglieder Ansprechpartner vor Ort und sorgten für die notwendige Bürgernähe.

In der Diskussion blickten Gegner einer Einheitsgemeinde dem entgegen, der Bürger fühle sich in großen Einheiten nicht mitgenommen, kleinere Einheiten arbeiteten effizienter. Fürsprecher einer Einheitsgemeinde

gaben zwar zu, es sei schön in kleineren Einheiten, aber eben unwirtschaftlich. Wichtig sei es auf jeden Fall, in einer Einheitsgemeinde alle Bürger ernst zu nehmen und dass die Mitglieder eines Einheitsgemeinderates alle Gemeinden gleichberechtigt sehen. Die Möglichkeit dazu bestehe, weil sich alle, die im Gemeinderat sind, auch in den Einheitsgemeinderat wählen lassen können.

Die weitere Diskussion ergab, dass die Bürger wohl bereit seien, sich auch künftig zu engagieren, aber nicht im herkömmlichen Rahmen. Das gelte sowohl für die Po-

litik als auch für andere Ehrenämter.

Eine Zukunft gerade für die kleinen Gemeinden sahen die Diskussionsteilnehmer nur, wenn auch die entsprechenden Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Regina Kistermann rief abschließend dazu auf, sich stärker einzubringen, solange ich nämlich gestalten kann, bin ich im Vorteil. Wenn nicht, wird mir etwas übergestülpt, was ich vielleicht gar nicht möchte“, und damit meinte sie auch eine mögliche Einheitsgemeinde.